

REDEMANUSKRIPT

(es gilt das gesprochene Wort)

Michael Rudolph, Vorsitzender DGB Hessen-Thüringen
„Gerechtigkeit, Vielfalt, Solidarität“*Auszüge aus der Rede am 1. Mai 2018 in Darmstadt*

Der Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen, Michael Rudolph, forderte die hessische Landesregierung in seiner Rede auf, endlich auf die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt zu reagieren und für mehr bezahlbaren und öffentlich geförderten Wohnraum zu sorgen.

„Für immer mehr Menschen, auch die mit mittleren Einkommen, ist **Wohnen** zum Luxusgut geworden. Es kann aber nicht sein, dass steigende Mieten die Löhne auffressen. Deshalb brauchen wir mehr öffentlich geförderten und genossenschaftlichen Wohnungsbau. Jährlich müssen mindestens 10.000 neue Sozialwohnungen entstehen, um dem Bedarf entgegen zu kommen. Die Bindungsdauer von Sozialwohnungen muss unbefristet festgelegt werden. Die Landesverordnung zur Mietpreisbremse, die von Gerichten wegen für rechtswidrig erklärt worden war, muss durch die Landesregierung unverzüglich nachgebessert werden. Beim Verkauf öffentlicher Grundstücke sollen Käufer begünstigt werden, die sich verpflichten, bezahlbaren und sozialen Wohnraum zu schaffen. Kurzum: Wohnen muss am Gemeinwohl und nicht am Profit orientiert sein.“

Über den Investitionsbedarf im öffentlichen Wohnungsbau hinaus müsse die Politik Sorge dafür tragen, dass Teilhabechancen gerecht verteilt sind. Das mache einen Sozialstaat aus. „Wir brauchen eine Landesregierung, die die Probleme der Menschen löst und nicht vergrößert. Der **soziale Zusammenhalt** in der Gesellschaft hängt maßgeblich davon ab, ob Menschen – unabhängig von Herkunft, sozialem Status und Lebensentwürfen – Zugang zu Bildung, Weiterbildung, Gesundheitsversorgung, Beratung und Unterstützungsleistungen haben. Deshalb brauchen wir kostenfreie Bildung, den flächendeckenden Ausbau von echten Ganztagschulen, die auch dazu in der Lage sind, inklusiv zu unterrichten und wir brauchen Schulen, in denen nicht der Putz von den Wänden fällt. Der Zugang zu Gesundheitsversorgung muss auch in der Fläche gewährleistet sein und wer im Alter auf Pflegedienstleistungen und Heimbetreuung angewiesen ist, muss diese qualitativ hochwertig auch bekommen.“

Jasmin RomfeldPressesprecherin
Presse und Öffentlichkeitsarbeit

jasmin.romfeld@dgb.de

Telefon: 069 273005-52

Telefax: 069 273005-55

jr/ske

Wilhelm-Leuschner-Str. 69-77
60329 Frankfurt<http://hessen-thueringen.dgb.de>

Das Land dürfe die notwendigen Investitionen nicht unter Haushaltsvorbehalt stellen.

„Steuergelder sind dafür da, öffentliche Dienstleistungen zu finanzieren. Wir setzen uns ein für ein **gerechtes Steuersystem** und einen **öffentlichen Dienst**, der über ausreichend Personal und eine gute Ausstattung verfügt, um seine Aufgaben bürgernah erfüllen zu können.“

Wer viel habe, müsse mehr zum Gemeinwesen beitragen als jene, die nicht über große Vermögen und Einkünfte verfügen. Echte Reformen – konjunkturunabhängig - sind mehr als überfällig. „Wir fordern die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, eine stärkere Besteuerung großer Erbschaften und höhere Steuern auf Spitzeneinkommen. So erreichen wir, dass der Staat dauerhaft das Geld zur Verfügung hat, das er dringend für Investitionen wie in die Sanierung von Schulen und Straßen, die notwendigen Stellen im öffentlichen Dienst und damit die Erfüllung seiner Dienstleistung für die Menschen braucht.“ Nur so könne der zunehmenden Ungleichverteilung von Vermögen Einhalt geboten werden.

Rudolph forderte die hessische Landesregierung in seiner Rede auf, die Überprüfung und Novellierung des **Tariftreue- und Vergabegesetzes** nicht länger zu verschleppen.

„Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer haben ein Recht darauf, dass das Land als öffentlicher Auftraggeber für die bestmöglichen Voraussetzungen sorgt, unter denen sie arbeiten. Ein vergabespezifischer Mindestlohn, Kontroll- und Sanktionsinstrumente zur Einhaltung des Gesetzes, Aus- und Weiterbildungsmöglichkeiten, die Generalunternehmerhaftung und die Anerkennung der ILO-Kernarbeitsnormen – also das Verbot von Kinderarbeit, die Abschaffung von Zwangsarbeit, das Recht auf Kollektivverhandlungen sowie die gleiche Entlohnung von Männern und Frauen – sind nicht zu viel verlangt.“

Der DGB erwarte von einer Landesregierung, dass sie Hessen in Sachen gute Arbeit ganz nach vorne bringt. Der schwarz-grünen Landesregierung sei es jedenfalls nicht gelungen, den wirtschaftlichen Erfolg in bessere Arbeits- und Lebensbedingungen für alle im Land umzumünzen. Nicht beim Thema Tariftreue- und Vergabe und nicht bei der **Vergabe öffentlicher Fördermittel**, die ebenfalls an soziale Bedingungen wie Mitbestimmung und Tarifbindung gekoppelt sein müssen, so Rudolph.

„CDU und Grüne weigern sich, gute Arbeit auf die Tagesordnung zu setzen. Sie schaffen es nicht einmal, die **Nachhaltigkeitsstrategie des Landes** konsequent nachhaltig zu gestalten. Von den drei Säulen der Nachhaltigkeit haben CDU und Grüne nur zwei aufgestellt: die Ökonomie und die Ökologie. Die dritte, das Soziale, sucht man vergebens.“ Wenn es noch eines Beleges bedurft hat, wie wenig die Belange der Beschäftigten ernst genommen werden, dann wäre er hiermit erbracht, so Rudolph.

Mit Blick auf die noch bis zum 30. Mai stattfinden **Betriebsratswahlen** rief Rudolph die Beschäftigten auf, von ihrem Recht Gebrauch zu machen und ihre betriebliche Interessensvertretung zu bestimmen. „Alle Beschäftigten dürfen wählen – unabhängig von ihrer Nationalität. Die Behinderung von Betriebsratswahlen ist kein Kavaliersdelikt, sondern kriminell und muss juristisch geahndet werden. Die Gewerkschaften im DGB Verbund sind stark

durch ihre starken Werte: Solidarität, Vielfalt und Gerechtigkeit. Nur damit lässt sich sozialer Zusammenhalt herstellen.

Obwohl die Wirtschaft brummt und die Staatsfinanzen solide sind wie lange nicht mehr, klafft die **Schere zwischen Arm und Reich** immer weiter auseinander, so Rudolph weiter. Viele Menschen hätten den Eindruck, dass es nicht gerecht zugeht. **Rechtspopulisten** würden diese Stimmung mit ihren rassistischen Parolen und nationalistischen Ressentiments aufgreifen. Sie hätten jedoch nichts anzubieten, das zu mehr Gerechtigkeit oder einer Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen beiträgt.

„Ob im Betrieb oder in der Gesellschaft: Wir lassen uns nicht von einer Minderheit aus der rechten Ecke spalten. Sie sind nicht das Volk. Wir werden gemeinsam mit allen demokratischen Kräften in der Politik und in der Gesellschaft zusammenarbeiten. Für eine solidarische, vielfältige und gerechte Gesellschaft, in der kein Platz mehr ist für die Rechtspopulisten mit ihren menschenfeindlichen und rassistischen Parolen!“